

## Ranking der Bundesländer: Dieses Land erhebt am häufigsten Einspruch gegen Ordnungswidrigkeiten

- Die Verbraucherrechtskanzlei rightmart Rechtsanwälte analysiert insgesamt 2.359 Einsprüche gegen Ordnungswidrigkeiten im Zeitraum von 2020 bis 2021 je Bundesland
- Baden-Württemberger:innen beschwerten sich am häufigsten beim Erhalt eines Bußgeldbescheides

**Bremen, 04. November 2021** – Ab dem 09. November gilt der neue Bußgeldkatalog und viele Ordnungswidrigkeiten werden damit teurer. Aber Bußgeldbescheide sind fehleranfällig und anfechtbar. In welchem Bundesland Bußgeldbescheide am häufigsten angefochten werden, hat die Verbraucherrechtskanzlei rightmart ([www.rightmart.de](http://www.rightmart.de)) herausgefunden. Die meisten Einsprüche gegen Ordnungswidrigkeiten werden in Baden-Württemberg erhoben. Bremer:innen beschwerten sich am seltensten über einen Bußgeldbescheid.

### Baden-Württemberger:innen erheben am öftesten Einspruch gegen Bußgeldbescheide

Von 2.359 Beschwerden gegen Bußgeldbescheide wurden 524 und damit die meisten von Personen aus Baden-Württemberg erhoben. An zweiter Stelle des Rankings steht Nordrhein-Westfalen mit 411 Einsprüchen. Die Bayern liegen im Ranking auf Platz drei und waren 279 Mal mit einem Bußgeld nicht einverstanden.

Die wenigsten Einsprüche wurden in nördlichen Bundesländern erhoben. Bremen kommt auf insgesamt 13 und damit die wenigsten Beschwerden gegen Bußgeldbescheide. Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 18 Einsprüchen auf dem zweitletzten Platz. Die Hansestadt Hamburg ist mit 26 Beschwerden an drittletzter Stelle des Rankings.

Sascha Münch gibt Tipps, was Betroffene beim Erhalt eines Bußgeldbescheides tun können: *„Viele Verbraucher:innen bezahlen Bußgeldbescheide meist, ohne diese von einem Anwalt prüfen zu lassen. Oft kann sich eine Prüfung jedoch lohnen, da auch dem Ordnungsamt oder der Polizei Fehler unterlaufen können. Teilweise fehlen auf den Bescheiden beispielsweise wichtige Daten oder das Foto einer Blitzerkamera ist nur unscharf zu erkennen. Wird der Bußgeldbescheid vom Gericht aufgehoben und der Beschuldigte freigesprochen, entfällt entsprechend das Bußgeld und auch die Kosten für die anwaltliche Beratung werden von der Staatskasse übernommen. Kommt es nicht zu einer gerichtlichen Aufhebung, müssen die Kosten jedoch durch den Beschuldigten oder eine Rechtsschutzversicherung übernommen werden. Wichtig dabei ist, dass man nur eine relativ kurze Frist von 14 Tagen für den Einspruch hat. Diese Frist beginnt ab dem Tag, an dem der Bußgeldbescheid im Briefkasten landet.“*

**Alle Daten der Untersuchung können [hier](#) eingesehen werden.**

Die Untersuchung basiert auf internen Daten der Verbraucherrechtskanzlei rightmart Rechtsanwälte. Für die Untersuchung wurden 2.395 Einsprüche gegen Ordnungswidrigkeiten aus den Jahren 2020 bis 2021 untersucht.

#### **Über rightmart Rechtsanwälte**

rightmart ([www.rightmart.de](http://www.rightmart.de)) ist eine Full-Service-Kanzlei, die Verbraucher:innen einen unkomplizierten Zugang zu Rechtsberatung und Rechtsbeistand ermöglicht. Als Kanzlei mit Verbraucherkfokus deckt das Unternehmen alle für Verbraucher:innen relevanten Rechtsgebiete wie das Arbeits-, Miet-, Bank- und Kapitalmarkt, Versicherungs- oder Verkehrsrecht ab. Im Fokus stehen aktuelle Rechtsskandale wie z. B. Wirecard, Diesellabgasskandal oder Kreditwiderrufe. Das Unternehmen hat es sich zur Aufgabe gemacht, das deutsche Rechtssystem für alle zugänglich zu machen. Durch kostenlose Erstgespräche ermöglicht rightmart Mandanten und Mandantinnen eine risikofreie Einschätzung, ob eine anwaltliche Beratung erfolgversprechend ist und welche Kosten dabei mit oder ohne Rechtsschutzversicherung entstehen. Durch Online-Sprechstunden lässt sich die rechtliche Beratung standortunabhängig in Anspruch nehmen.

#### **Pressekontakte**

Jannes Zwirner | +49.172.3650385 | [jannes.zwirner@tonka-pr.com](mailto:jannes.zwirner@tonka-pr.com)

Miriam Goldman | +49.176.457.845.14 | [miriam.goldman@tonka-pr.com](mailto:miriam.goldman@tonka-pr.com)